

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die völkische Pleite.

Wulle bettelt um Unterstützung.

Ein günstiger Wind weht uns ein Rundschreiben auf den Tisch, das Reinhold Wulle vor kurzem an zahlungsfähige Großkaufleute verschickte und in dem er die Pleite der Nationalsozialisten melodramatisch darstellt. Hier ist dieser vielversprechende Brief:

Seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich mich heute an Sie mit einer herzlichen Bitte wende. Die Lage ist politisch so günstig, wie sie noch nie war. Wenn wir uns rühren könnten, wenn wir z. B. Großes glänzende Ausführungen im „Deutschen Tageblatt“ als Flugblatt herausbringen würden, wir hätten einen Bombenerfolg. Alles wartet auf eine Aktion von uns, aber wir können uns nicht rühren. Die einzigen Gewerkschaften, die verhältnismäßig gut organisiert sind und ihre Kosten ausbringen, sind Berlin und Potsdam 2. Das liegt daran, weil man dort nicht dahinter stehen kann und in 50-Pf.-Beiträgen den Etat decken kann. Wir haben heute 1200 M. Telefonschulden. Das Telefon ist gesperrt, jetzt will man sogar die verantwortlichen Leiter in Berlin pfänden. Es ist ein toller Zustand, von dem es nur gut ist, daß ihn die Gegner in diesem Umfang nicht kennen. Die übrigen Landesorganisationen haben sich verpflichtet zu zahlen, das wird in der Hauptsache erst nach der Ernte möglich sein. Ich suche nun eine Anzahl Herren, die mir mit einer größeren Summe beistimmen. Ich weiß, wie schwer das heute ist. Ich würde schon zufrieden sein, wenn ich Beiträge geliehen bekomme, bis etwa 31. Dezember dieses Jahres. Dann laufen die Beiträge wieder, die Schulden sind abzulösen. Ich bitte Sie nicht um eine nach Tausenden zählende Summe, aber könnten Sie mir nicht einen gewissen Betrag — und wenn er nach Hunderten zählt — geben resp. vorstrecken, damit wir uns überhaupt rühren können. Hätten Sie evtl. Freunde oder Bekannte, die Sie einmal zu einer Besprechung zusammenrufen würden. Ich muß Sie dringend bitten. Es ist ja wahrscheinlich nicht für mich, sondern für die gemeinsame Bewegung an der Sie, wie ich weiß, mit der gleichen Liebe hängen, wie ich. Bitte geben Sie mir doch recht bald Bescheid.

Mit deutschem Gruß

gez. R. Wulle, M. d. R.

Der Zerlegung im Lager der Hitler-Ludendorff-Partei wird von Tag zu Tag größer. Sie wollten einst die Welt erobern. Und sie täten es auch heute noch sehr gern. „dann sie sich nur rühren könnten“. Aber da hapert es eben. Und

so müssen sie denn auf einen ganz ordinären Bettel bei Großkapitalisten ausgehen, um ihren Kampf gegen das „jüdische Kapital“ zu finanzieren.

Völkischer Arbeiterfang.

Zur Illustration der schwarz-weiß-roten Wahsparole.

Die Völkischen möchten bei dieser Wahl wieder einmal auf den Arbeiterfang gehen. Der schwarz-weiß-roten Wahsparole trauen sie nicht mehr recht, sie wollen sie großmütig den Deutschnationalen und der Volkspartei überlassen, damit diese die große Pleite damit erleben. Sie selbst möchten in sozialer Gesinnung wachsen. So liest man im „Deutschen Tageblatt“ des Herrn Wulle:

„Wenn ich in deutschnationalen Versammlungen bin, so kann ich mich eines bitteren Gefühles nicht erwehren: glänzende Reden, feurige Attacken gegen das heutige System, — und wenn ich mich dann frage: was wollen die Leute eigentlich tun zur Rettung? Was bringen sie Positives? Nichts! Sie bekämpfen Symptome, aber nicht die Grundkrankheit. Und wo ist in praxi das wirkliche Verständnis für die wirkliche Notlage des Volkes? Als Arzt kommen einem so mancherlei Menschen unter die Finger. Man kennt so manche „schwarz-weiß-roten“ Herren auf dem Lande, deren Arbeiter mit ihren 8-10 M. und ein bloßen Deputat wöchentlich nicht wissen, wie sie satt werden sollen. Und man kennt auch so manche „schwarz-weiß-roten“ Fabrikherren, deren Arbeiter mit 15-20 M. Wochenlohn in elenden Hütten hausen und nicht wissen, ob ihnen nicht über Nacht ihre ganze Bruchhube über den Kopf zusammenfällt! Glaubt man ernstlich, daß diese „Proletariat“ mit dem Schlächtlein „die schwarz-weiß-roten“ allein zu begeistern sind?“

Glaubt man, daß die Landarbeiter sich für Herrn v. Graefe begeistern werden, oder die Industriearbeiter für die völkischen Unternehmer, die bekanntlich die schlimmsten Lohnrückler und die hartnäckigsten Feinde des Achtstundentages sind, alles wegen der völkischen Gesinnung? Glaubt man, daß sich die Arbeiterschaft von der völkischen Bewegung ansführen lassen wird, die nur mit dem Gelde der Scharfmacher möglich war?

Mit oder ohne schwarz-weiß-rot kommt über die Völkischen am 7. Dezember die größte Pleite.

Polizei nahm verschiedene Verhaftungen vor. — Aus Marokko wird amtlich gemeldet, daß die Operationen durch Regenfälle und unausgesetzte feindliche Angriffe, die bedauerliche Verluste zur Folge gehabt hätten, erschwert würden. Im übrigen (?) machten die Ausführungen des Planes des Oberkommandos Fortschritte.

Das Direktorium hat die Eingabe des spanischen Presserverbandes auf Wiederherstellung der Pressefreiheit wegen der augenblicklichen Verhältnisse abschlägig beschieden.

Der Einigungsvorschlag in Wien.

Wien, 12. November. (WLB.) Die Verhandlungen zwischen der Generaldirektion der Bundesbahnen und den Vertretern der drei Eisenbahnergewerkschaften führten, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, zu einer grundsätzlichen Übereinstimmung über einen Vorschlag der Generaldirektion. In diesem Vorschlag geht die Generaldirektion der Bundesbahnen über die vor dem Ausbruch des Streiks gemachten Zugeständnisse für dieses Jahr nicht hinaus, erklärt sich jedoch bereit, für das kommende Jahr in der Befoldungsreform weitere Zugeständnisse zu machen.

Rundgebung der reichsdeutschen Eisenbahner.

Der Hauptbetriebsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft, der 400 000 Eisenbahnarbeiter vertritt, hat einstimmig beschlossen, folgenden Telegramm an die kämpfenden Eisenbahner in Deutsch-Oesterreich zu richten: „Die Vollstufung des Hauptbetriebsrates der Reichsbahn, die am 11. November 1924 in Berlin tagt, spricht den kämpfenden deutschösterreichischen Eisenbahnern die wärmste Sympathie aus. Die vorbildliche Geschlossenheit, mit der unsere deutschösterreichischen Kollegen im Kampfe stehen, gibt uns die Gewißheit, daß sie ihre Sache gegen alle Widerstände zum vollen Erfolg führen werden.“

Prügelei am Waffenstillstandstag.

Abgeschlagene Versammlungssprenger.

Paris, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Jahrestage des Waffenstillstandes in Amiens haben nationalsozialistische Banden eine von der dortigen sozialistischen Partei abgehaltene Versammlung in der unter anderem ein Deutscher das Wort ergrieff, zu sprengen versucht. Es kam zu einem Handgemenge, in dem einer der Manifestanten schwer verletzt wurde. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her. Die Manifestanten zogen darauf vor das Haus des Bürgermeister, um gegen die Genehmigung der Versammlung zu protestieren.

In Chambéry wollte in einer öffentlichen Kundgebung der Liga der ehemaligen Kämpfer ein Deutscher namens Wolfmann das Wort ergreifen, die Vereinigung der Frontsoldaten hat das jedoch durch eine Kundgebung verhindert und den Bürgermeister zum Erlaß eines Redeverbotes für den Deutschen veranlaßt.

Der konfiszierte Trocki.

Die uneinigen Diktatoren.

Wie uns aus Moskau mitgeteilt wird, ist dort der dritte Band der im Staatsverlage erscheinenden Werke Trockis, der den Ereignissen des Jahres 1917 gewidmet ist, wegen scharfer Kritik an Sinowjew und Kamenev auf Befehl des Politischen Bureaus konfisziert worden.

Das Erscheinen des neuesten Bandes der Werke Trockis und die gleich darauf erfolgte Konfiskation, die auf Verreiben der beiden beleidigten Halbgötter, Sinowjew und Kamenev, vorgenommen wurde, bildet in Moskau die Sensation des Tages. Sie verdient aber auch außerhalb Rußlands Beachtung, weil sie erneut Einblick in die inneren Gegensätze und Kämpfe der herrschenden Oligarchie gestattet. Trocki behandelt in seinem neuesten Buche die „Lehren der Novemberrevolution von 1917“. Er weist darauf hin, daß er und Lenin sich damals im unterschiedenen Gegensatz zu allen übrigen Mitgliedern des kommunistischen Zentralkomitees befunden haben. Im Anschluß daran deutet er an, daß die Taktik des jetzigen Zentralkomitees sich in keinem idealen Zusammenhang mit der Taktik der Novembertage befindet, und daß das Zentralkomitee jetzt von Leuten geleitet werde, die sich „im November 1917 geirrt hatten“. Trocki zitiert den Ausspruch Lenins, daß es „nicht schwer sei, ein Revolutionär zu sein, wenn die Revolution schon ausgebrochen ist und um sich greift“. Dieses Zitat ist eine wohlhabende Bosheit gegen Sinowjew und Kamenev, die bekanntlich während des bolschewistischen Novemberaufstandes seine zurückweichen und den Versuch machten, sich vom kommunistischen Zentralkomitee zu trennen, aber einige Tage später, als der Sieg entschieden war, gerne an die Spitze der siegreichen Partei traten.

Trocki weist in seinem Buche auch darauf hin, daß an der Spitze der kommunistischen Internationale jetzt dieselben Personen ständen, die sich im November 1917 in Rußland geirrt hätten. Daraus erklären sich nach seiner Auffassung die letzten Mißerfolge der Dritten Internationale in Bulgarien und Deutschland. Im übrigen ist das ganze Buch voll halbverhüllter Andeutungen und polemischer Spitzeln, die offensichtlich für den inneren Kampf der kommunistischen Opposition berechnet sind. Es wurde denn auch gleich nach Erscheinen in großen Mengen abgesetzt und in kommunistischen Kreisen verbreitet.

Im kommunistischen Zentralorgan „Pravda“ vom 2. November wurde bereits das größte Geschütz gegen Trocki aufgeföhren. In einem umfangreichen redaktionellen Artikel werden heftige Angriffe gegen Trocki gerichtet. Trocki bringt wieder die Diskussion vom Saum, heißt es in dem Artikel. „Er trägt die Verantwortung für eine Aktion gegen die politische Linie, die sowohl die Partei wie die kommunistische Internationale eingeschlagen hat... Er will offensichtlich eine politische Plattform schaffen, von der aus man die genau umrissenen Kongreßbeschlüsse unterhöhlen könnte.“

Des weiteren wird Trocki der Vorwurf gemacht, daß er die Ereignisse des Jahres 1917 völlig verzerrt wiedergebe: „Trocki — schreibt die „Pravda“ — verschweigt, daß die erwähnten Personen (Sinowjew und Kamenev) mehrfach ihren Irrtum eingestanden haben.“ Die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und Lenin seien von so kurzer Dauer gewesen, „daß Kamenev schon unmittelbar nach dem Novemberaufstand den Vorsitz auf dem Zweiten Parteikongreß über die Notwendigkeit der Sprengung der Konstituante auftrat. Diese Reinwaschungsversuche der „Pravda“ widerlegen keineswegs die Behauptungen Trockis, der ausdrücklich in seinem Buche schreibt: „Nach dem Siege finden sich stets viele Liebhaber, die sich den Siegern anschließen.“

Nun wendet sich das kommunistische Zentralorgan mit dem ganzen Wucht seines Ingrimmes gegen den unbequemen Trocki. Der Standpunkt der bolschewistischen Partei datiere keineswegs vom November 1917, er sei vielmehr schon früher bestimmt gewesen „durch den Kampf gegen alle Formen des Opportunismus, den Trockismus mit inbegriffen“. In den Novembertagen verschwinde in den Augen Trockis die Partei:

„Nur Trocki ist da, in der Ferne ist Lenin sichtbar, irgendwo agiert ein stupides, anonymes Zentralkomitee. Trocki will unbedingt Lenin vor diesem Zentralkomitee trennen, sie gegeneinander ausposaunen, den Zusammenhang zwischen ihnen zerreißten.“

Nun folgt eine Aufzählung der späteren Sünden Trockis: „Trocki ist in den Tagen der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk von der richtigen Linie abgewichen, das gleiche geschah während der Parteidiskussion 1921 und 1923. Trocki war gegen die Parole des Bürgerkrieges, die er als zu eng und für die Massenpropaganda unbrauchbar erklärte. Trocki war gegen den Defaitismus, den er als umgekehrter Nationalismus bezeichnete. Trocki trat noch im Mai 1917 für den Zusammenschluß aller sozialdemokratischen Kräfte ein... Trocki will, gelinde ausgedrückt, die Wichtigkeit der Politik des kommunistischen Internationales anfechten. Das ist seine Revanche für die Niederlage, die er während der Parteidiskussion 1923 erlitt.“

„Trocki — so heißt es in der „Pravda“ weiter — greift uns wegen der Niederlage in Bulgarien an. Er gebraucht hier aber die alte Formel Plechanows, daß man nicht zu der Waffen hätte greifen müssen.“ Auch in Deutschland habe die kommunistische Internationale nicht deshalb eine Niederlage erlitten, weil sie, wie Trocki schreibt, „eine außerordentlich günstige revolutionäre Situation von allgemeiner geschichtlicher

Musso'ini renommiert und droht.

Paris, 12. November. (TU.) Mussolini hat zu dem römischen Berichterstatter der „Chicago Tribune“ die Absicht ausgedrückt, eventuell, wenn nicht anderes übrig bliebe, zum äußersten Mittel, das heißt zur Auflösung des Parlamentes und zur Verkündung der Diktatur zu greifen. Obwohl nach der Auffassung der öffentlichen Meinung in Italien die Ereignisse vom 4. November der faschistischen Regierung seit der Ermordung Matteottis den schwersten Schlag versetzen, zeigte Mussolini eine unerschütterliche feste Haltung. „Ich halte die Faschisten in Schach. Wenn ich ihnen die Fingel schiefen lassen würde, würde es mit der Opposition aus sein. Die Vertreter der Opposition wenden sich um Schutz an mich.“

Die Faschisten verteidigen sich.

Rom, 12. November. (WLB.) Das Presseamt der faschistischen Partei erklärt, daß die Anklagen der Kriegsteilnehmer wegen der Bombardierung am 4. November zu allgemein und auch übertrieben seien. Der Faschismus habe am 4. November vier Tote und viele Verwundete im ganzen Lande gehabt. Die Italia Libera sei eine unfaßliche Vereinnahmung, gegen die sich allein und ausschließlich die Angriffe einzelner Faschisten gerichtet hätten. Der leitende Ausschuß der Kriegsverurteilten stellt dagegen fest, daß die Kriegsverurteilten am 4. November unmittelbar vor dem Grabe des unbekanntem Soldaten und vor dem sogenannten Alter des Vaterlandes angegriffen und dadurch daran verhindert worden seien, einen Kranz niederzulegen. Besonders aber bedauerlich sei der leitende Ausschuß, daß die faschistische Partei bis heute kein offenes Wort des Tadelns und des Bedauerns über diese Angriffe ausgesprochen habe. In Anbetracht der ersten Lage des Landes unterdrücke der leitende Ausschuß keine Blödsinnigkeit, um nur die Regierung ein letztes Mal daran zu ermahnen, ihren Anhängern jene Disziplin aufzuerlegen, welche sich die Nation schon lange angewöhnt habe.

Der faschistische „Impero“ schreibt, die Quinzeffenz des gestrigen Vorgehens der Oppositionsparteien bestehe darin, die Krone aufzufordern, daß sie die faschistische Regierung wie einen „untreuen Knecht“ entlasse und alsdann Neuwahlen ausschreibe, um sozusagen Italien zu retten. Der „Avanti“ wurde gestern aus bisher unbekanntem Gründen beschlagnahmt.

Neue „sporadische“ Mordtaten.

Rom, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) In Sutro bei Tronfio wurden bei einem faschistischen Überfall ein junges Bauernmädchen getötet und mehrere andere Personen verletzt.

Der Marokkokrieg geht weiter.

Madrid, 12. November. (Havas.) Ein Kommuniqué der Regierung teilt mit, daß die Jahrespresse 1921 unter den Fahnen gehalten, die Jahrespresse 1924 einberufen wird, um die Operationen in Marokko fortsetzen zu können. — Die Madrider

Bedeutung verpaßt habe", sondern weil die deutsche Sozialdemokratie sich weit stärker erwies, als wir gedacht hatten."

Außerordentlich bedeutsam ist der Schluß der gegen Trotski gerichteten Kampfanlage: „Trotski's Buch — heißt es in der „Pravda“ — sucht dem Leser den Gedanken zu suggerieren, daß man im November 1917 nur gegen das Zentralkomitee etwas Vernünftiges zu tun versuchte; es deutet gleichzeitig an, daß eine solche Situation sich wiederholen könne. Die Partei wird in der Lage sein, die Ministerarbeit Trotski rechtzeitig zu verhindern."

Nach diesen offiziellen Erklärungen des kommunistischen Zentralorgans ist anzunehmen, daß der Kampf innerhalb des Kreises der kommunistischen Diktatoren mit verstärkter Energie wieder einsehen wird. Angesichts der Zunahme der oppositionellen Strömungen in der kommunistischen Partei, insbesondere bei den Arbeitern und der Jugend, ist kaum zu zweifeln, daß dieser Kampf sich nicht innerhalb eines kleinen Zirkels abspielen, sondern auf die gesamten Verhältnisse in der Partei in stärkster Weise zurückwirken wird.

Moskauer Zensur.

Die Reinigung der kommunistischen Parteien.

Auf dem Parteitag der tschechischen Kommunisten ist den Wünschen der Moskauer Exekutive und der von ihr geführten „linken“ Richtung in der tschechischen Kommunistenpartei der Führer der deutschen Kommunisten, Kreibich, geopfert worden. Es stellt sich jetzt heraus, daß Kreibich das furchtbare Verbrechen begangen hatte, die Moskauer Götter durch einen Artikel über die Entwicklung der kommunistischen Internationale tödlich zu verletzen. Dieser Artikel ist nicht einmal erschienen. Von den dienstbesessenen Zensuristen der tschechischen Partei wurde er vor Erscheinen höheren Orts zur Genehmigung vorgelegt — und selbstverständlich verboten. Die „Linken“ vorbereiteten aber den Artikel in tschechischer Uebersetzung als „Anlagematerial“ auf dem Parteitag und brachten so Kreibich zu Fall.

Der beschlagene Artikel liegt uns jetzt vor. Kreibich behauptet, daß das Hauptproblem der R. I. zurzeit die Frage der alten sozialdemokratischen Führer in den kommunistischen Parteien sei. In Moskau herrscht die Tendenz vor, diese Führer kaltzustellen und die jungen, neuen, unerfahrenen Führer überall zu protegieren, weil solche Leute sich den Befehlen von Moskau besser fügen und blind gehorchen. Die alten sozialdemokratischen Führer sollen nur zu den theoretischen und organisatorischen Arbeiten „verwendet“ werden, aber müssen ohne jeden politischen Einfluß bleiben und dabei unter entsprechender Kontrolle stehen. Sie sollen etwa dieselbe Rolle in Europa spielen, wie die bürgerlichen Spezialisten in Rußland. Und diese klägliche Rolle will Kreibich, auch ein gewesener Sozialdemokrat, nicht spielen, und aus diesem Grunde ist aus einem Heber ein Reizer geworden. Er behauptet, daß in der „Linken“ der R. I. auch Leute sind, die nicht nur aus den sozialdemokratischen Reihen, sondern sogar direkt von den bürgerlichen Parteien gekommen sind. (Wer denkt dabei nicht an unsere deutschen Hauptlinge wie Dr. Rosenbergs ufm. D. Red.) Und wieder behauptet er, daß auch die neuen Führer, auch die, welche direkt aus den Fabriken kommen, kein „unbeschriebenes Blatt Papier“, welches die R. I. erst beschreiben könnte, vorstellen, weil sie bisher inmitten ihrer Nation, nationalen Kultur, Familie usw. gelebt haben.

Kreibich wirft der R. I. vor, daß sie keinen festen Standpunkt zur Entwicklung der Zustände in Europa hat. Er sucht das zu beweisen an der letzten Aktion der RPD. Die R. I. und die RPD haben die revolutionären Möglichkeiten „verfälscht“, welche sich aus der Ruhrbesetzung und des Marksturzes ergaben. Was die R. I. im Herbst beschlossen hat, war zwar richtig, aber es war schon zu spät. Es war auch nichts vorbereitet unter solchen Umständen, daß er einen entscheidenden Kampf heraufbeschwören mußte, aber er ist zu einer Zeit geschehen, wo die Partei noch nicht so ausgerüstet war, damit sie den entscheidenden Schlag

führen könnte. Der Rückzug war dann die notwendige Folge der angehäuften Fehler. Es wurde gerettet, was man retten konnte und Moskau hat das genehmigt."

Aber die R. I. anstatt die Ursachen der deutschen Niederlage zu prüfen und eine Belehrung für die Zukunft zu ziehen, hat sich eher mit der Suche nach dem „Schuldigen“ befaßt. So wurden Rabel, Brandier, Thälheimer und Clara Zetkin über Bord geworfen, nicht nur weil sie als die Schuldigen an der Niederlage betrachtet wurden, sondern meistens aus dem Grunde, weil sie sich gegen diese Methode der Austragung der deutschen Frage gewandt haben. Dann wurde ein Zentrum konstruiert, welches mit der Linken die Partei führen sollte. Aber es hat sich sehr bald gezeigt, daß diese Führung unfähig war. Die Linken haben dann auch mit dem Zentrum aufgeräumt. Und am Parteitage hat nicht — wie in Moskau beschlossen war — das Zentrum die Führung übernommen, sondern die „Linke“. Die Linke erschien am Parteitage auch mit anderen Anträgen — besonders in der Gewerkschaftsfrage. Und beim Kongresse der R. I. wurde dann auch Rabel mit Brandier in eine Wollschlinge geworfen.

Interessant ist noch ein Absatz des erwähnten Artikels. Kreibich schreibt über die kommende kommunistische Revolution in folgender Weise:

„Die Unklarheit und die großen Widersprüche der ganzen Perspektive des fünften Weltkongresses der R. I. haben sich bei der Frage Deutschlands gezeigt. Es wurde viel davon gesprochen, daß nach der Niederlage in Deutschland der Schwerpunkt der revolutionären Entwicklung nach England und Frankreich verlegt wurde und daß Deutschland heute erst an dritter oder vierter Stelle steht. Dieses Wort kann nur soviel bedeuten, daß in England und Frankreich die entscheidenden revolutionären Ereignisse früher eintreten können, als in Deutschland. Aber wer neben Wünschen und Hoffnungen auch eine vernünftige Prüfung der Tatsachen mitreden läßt, der kann nicht der Meinung sein, daß man in England oder Frankreich schon in nächster Zeit große revolutionäre Ereignisse erwarten kann. Bedeutet also diese neue Theorie, daß in Deutschland in nächster Zeit nicht mit einer Revolution gerechnet werden kann?"

Kreibichs Artikel, dessen Schicksal so typisch für die mittelalterliche Gedankennebelung in der kommunistischen Internationale ist, zeigt wieder deutlich, auf wie schwankendem Grunde das ganze Inflationsgebäude der kommunistischen Internationale errichtet ist. Die „Perspektiven“, die die Moskauer Götter zu „visieren“ für richtig befanden, als sie im Herbst des vergangenen und im Frühjahr dieses Jahres den Abmarsch nach links befahlen, haben sich jetzt schon als vollkommen falsch herausgestellt. Die Position der „Trotski“ Sinowjew, Kamenew-Sinowjew wird durch das vollständige Versagen ihrer Haltung in der kommunistischen Internationale ebenso sehr erschüttert werden wie durch die von Tag zu Tag steigende innere Spannung in Rußland selbst. Der 7. Dezember wird nicht nur für die deutschen Kommunisten ein Tag des Gerichts werden, er wird auch in Moskau seine Wirkung tun.

„Wahlterror des Reichsbanners.“

Verlogene Gehe der „Vaterländischen“.

Vom Bundesvorstand des Reichsbanners wird uns geschrieben:

Die Rechtspresse läßt keine Gelegenheit vorübergehen, das ihrem Anhang so unangenehme Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ zu begeißeln. Es gibt keine Schandtat, die den Reichsbannerleuten nicht unterstellt wird. Neuerdings behauptet man, das Reichsbanner benutze die Gelegenheit der Aufhebung des Reichsausnahmestandes, Gewalt und Terror gegen die Agitationsfreiheit und Wahlfreiheit der Nationalen zu organisieren. Diese Behauptung ist natürlich frei erfunden. Der Bundesvorstand hat im Gegenteil die Auseinandersetzungen angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Reichsbannerkameraden den nationalpolitischen Versammlungen fernbleiben, da bei solchen Anlässen erfahrungsgemäß Zwischenfälle nicht ausgeschlossen sind.

In welcher gewissenloser Weise die Tatsachen entstellt werden, beweist eine Notiz, die die „Deutsche Zeitung“ in Nr. 503 (Wendenausgabe) veröffentlicht. Sie erinnert an den Reichsbanneraufmarsch gegen die „letzte große Kundgebung der Vaterländischen Verbände in Magdeburg“ und behauptet, die unter der Führung des jungen Herrn Ebert stehenden Heiden hätten nicht gewagt, sich mit der nationalen Uebermacht einzulassen. In Wirklichkeit war der Sachverhalt ein ganz anderer: Um Zusammenstöße mit den Vaterländischen zu vermeiden, hatte die Magdeburger Leitung des Reichsbanners die Magdeburger Reichsbannerleute zu einer Versammlung vereinigt, in der neben anderen Rednern auch Herr Ebert sprach. Herr Ebert sprach, daß die „nationale Uebermacht“ nur in der Phantastie der Gewährsmänner der „Deutschen Zeitung“ besteht, beweist die Tatsache, daß die Versammlung der „Vaterländischen“ von kaum 2000, die des Reichsbanners aber von circa 4000 Personen besucht war. Wenn also die Magdeburger Reichsbannerleute vom Besuch der Reichsbanner-Versammlung abgehalten wurden, so ist das kein Beweis der Schwäche, wohl aber des Verantwortungsgefühls der Magdeburger Leitung. Die Leitung der „Vaterländischen“ ließ dagegen dieses Verantwortungsgefühl vermissen; ihr kam es im Gegenteil auf eine Provokation des Reichsbanners an, denn in der Ankündigung der Versammlung sprach sie von dem „Reichsbannerkollekt“.

In derselben Notiz wird behauptet, in Halle seien in einer deutschnationalen Versammlung Reichsbannerleute tatsächlich gegen Stahlhelmmitglieder vorgegangen; auch die Schutzpolizei habe man angegriffen. Nach unseren Informationen war die Versammlung, in der der Deutschnationaler Hemmer sprach, je zur Hälfte von links- und rechtsgerichteten Personen besucht. Nachdem einige sozialistische Disziplinierungsredner gesprochen hatten, verließen sie mit ihren Befreiungsfreunden das Lokal. Hierbei wurden sie von Böllischen natürlich angegriffen und setzten sich natürlich zur Wehr. Die Schlägerei nahm vor dem Lokal ihren Fortgang, wo die Böllischen gemeinsam mit einer Anzahl Kommunisten über die Sozialisten herfielen. Die Schutzpolizei machte der Schlägerei ein Ende. Das Reichsbanner war daran ebenso wenig beteiligt wie die Schutzpolizei angegriffen worden ist. Der Bericht der „Deutschen Zeitung“ ist daher nur der Ausfluß der üblen Hege, die seit geraumer Zeit gegen das Reichsbanner betrieben wird.

Hoehsch — Hugenberg.

Von der „Kreuzzeitung“ zum „Tag“.

Herr Otto Hoehsch wurde von der „Kreuzzeitung“ abgehalftert, weil er nicht nur am 29. August mit Ja gestimmt hatte, sondern sich dabei auch allerhand politische Gedanken gemacht hatte. Der Hugenbergsche „Tag“ hat Herrn Hoehsch mit offenen Armen aufgenommen. Dort werden die außenpolitischen Ueberflüchten von Hoehsch weiter erscheinen.

Eins ist dabei immerhin bemerkenswert. Außer der „Kreuzzeitung“, der „Deutschen Tageszeitung“, der „Deutschen Zeitung“ gibt es auch eine offizielle Parteizeitung der Deutschnationalen in Berlin. Ist Herr Hoehsch für die „Nationalpost“ zu jagerisch, oder zu — ehrlich?

Bayerische Steuercheu.

Kompromißbeschlüsse des Haushaltsausschusses.

München, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Steueranträge der bayerischen Vertreter im Bundtag, hinter die sich die Kronkompromisse gestellt hatten, haben bekanntlich zu einer Klärung des Finanzministers geführt. Um auf jeden Fall eine Regierungskrise zu vermeiden, haben inzwischen langwierige Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien und dem Finanzministerium stattgefunden, die jetzt zum Abschluß gekommen sind. Insofern wurde heute vormittag im Haushaltsausschuß des Bundtags ein gemeinsamer Antrag angenommen. Danach muß

Das Buch.

Von E. Dörre.

Ein dickes, graues Buch! Man braucht es nicht erst aufzuschlagen, man wußte auch so, daß darin viele Schicksale verzeichnet sein mußten. Schicksale, die im Grau des Alltags verfließen, deren schwachen Schrei der Lärm der Stadt erdrückt.

Und wenn ich an dieses Buch denke, dann sehe ich sie alle vor mir, die sich an dem Ersten jeden Monats das Armeegeld holten. Ganz zuerst kam immer die Mutter Schlemmerbacher, die schon weit über die siebenzig war.

„Guten Morgen mein liebes Freikein. Sange nicht jesehen und doch noch gekamnt, hi, hi, hi.“

Und dann machte sie mit Schindler, auf denen verflozene Jahre zehnte sahen, ungelent den eigenen Namen hinein in das dicke graue Buch.

„Wo wohnen Sie denn jetzt, Mutter Schlemmerbacher?“

„Bei Raderben, in'n Stall. Jetzt jehis ja noch, aber wenn't kalt wird. Sa hab doch so'n Reichen.“

Und zu Neujahr kam sie dann und sagte mit ihrer dünnen, zitternden Stimme einen Spruch her, von dem lieben Gott, von — seiner Güte. — — —

Ihr Mittag bekam sie damals aus einem Bazarett. Aber sie holte es nicht jeden Tag.

„Man kann doch nicht so ausverschäm't frd.“

Dann kam das alte Fräulein, das jedes Jahr ins Krankenhaus ging, um — — — sich zu erholen. Sie jahrie dann immer vor Schmerzen, die „inwendig“ sahen und die man nie feststellen konnte. Ich habe sie einmal dort besucht und noch lange an ihr Gesicht denken müssen, das so glücklich war:

„Ja, wenn die Schmerzen nicht wären, sonst hat man ja alles, Essen, Trinken. Und so allein ist man auch nicht.“

Und dann die lange Reihe von denen, die ich schon vergessen habe.

Der Kunstmalers, der nie ein Bild fertig machte, weil es ihm zu langweilig war, und Sommer und Winter nur in Hofe und Bade ging. Er war immer schweigsam und sah auf alle anderen wohl aus der Perspektive seines „Kunstfertums“ herab.

Und die Reihe wurde nicht kleiner. Immer neue Namen jahrlieben sich hinein, vom Morgen bis zum Mittag.

Reihen, die heute vergangen sind, an die niemand mehr denkt. Und doch waren sie einmal da; an irgendeiner Stelle hatten sie gestanden, bis das Alter sie in die Wüste eintrug, die an jedem Ersten vor mir lag.

Gab ich ihnen verschentlich einmal zuviel, sagten sie es meist, oder ich sah es an den unentschlossenen, überraschten Gesichtern.

Aber an einem Tag fehlten mir doch fünf Mark. Ich suchte, rechnete, der Fehler wollte sich nicht finden.

Also zulegen, vom eigenen geringen Gehalt.

Vielleicht hat jemand falsch quittiert.

Richtig, der alte Rehnert. Ich hatte ihm die richtige Seite aufgeschlagen und auf der nächsten stand seine Quittung bei einem anderen Namen. Schlimmweilend hatte er es eingesteckt. Ich ging in seine Wohnung.

„Hut Ihr Mann heute fünf Mark zuviel auf dem Amt bekommen?“ Die Frau sah mich erstaunt an. „Ne.“

„Doch, doch, ich weiß es bestimmt.“

„Ja, denn kommt se man mit, er is uff't Jeld. Und dann hatt er mir jarnischt jesagt. Na, warte man, wir werden ja sehen.“

„Wo hast'n die fünf Mark, die Dir der Frollein zuviel jeseben hat?“

Der Alte sah sie hilflos an, dann griff er mit einer unbeholfenen Bewegung in die Tasche und gab mir das Geld. Alle Freude war aus seinem Gesicht weggewischt.

„Und davon joggste mir nischt. Die steckste so einfach im. Na warte, komm Du man ruff.“

Er arbeitete ansig weiter und sah uns beide nicht an.

„Er wolle sich wohl Labak joesen. Er hatt ja nischt.“ Die Worte klangen schon wieder verflört. Als sie fort war, lehnte ich um. Soviele Freude hatte ich zerflört.

„Rehnert, für Labak!“, ich gab ihm, soviel ich konnte.

Das Geld verank schnell, und ein vorsichtiger Blick belehrte ihn, daß seine Frau nichts gesehen hatte.

Ich muß noch oft an sie alle denken. — — —

Jahre sind vergangen und das dicke Buch liegt wohl schon auf dem Boden zwischen verstaubten Alterbüchern in.

Vergangen und vergessen, wie so viele Schicksale.

Abend in Breslau. Im Breslauer Opernhaus fand am Sonnabend die Uraufführung von Rabauds Schwanz „Hannibals Brautjahre“ statt. Das Jugendwerk des Dichters behandelt das Vater-Sohn-Problem, das in humorvoller Weise mit der behäbigen, scheinmoralischen Bürgerseele abtrachtet. Der Vater, ein großes Tier einer Kleinstadt, bekommt des Sohnes geistige Ueberlegenheit bis zur Verzweiflung zu spüren. Während dem Reichthum von Sohn die Eroberung einer amerikanischen Dollarprinzessin gelangt, steht der Vater Spielbürger zum Schluß als Hahnrei auf der Bühne. Sein vermeintlich leibhaftiger Sohn ist der natürliche des — Stadtlumpen. Die lustige Begebenheit spielt auf einem Theater im Theater. Der Schmierendirektor kündigt Herrn „Hannibal“ — der Taufname Rabauds — Uraufführung an. Gelegenheit, Morat zu prebigen. Ungetriebte Heiterkeit wuchs von Akt zu Akt. Die Schlussmoral Rabauds wurde leider weggelassen. War sie zu viel fürs Parlett? Aber auch so merkten überflüssige Zuschauer, daß sie einige nette Ohrleigen erhalten, und zwischen dem Beifall war Zurückhaltung. Der Dichter konnte mehrere Male erscheinen. — Unter Leo Wittlers Leitung gab es klothes Spiel. W. W.

Achtet auf die Sprache! Was wird nicht alles am Kinde erzogen.

Aber eins wird unter neun Füllen fast neunmal überleben: die Sprache. Wie selten habe ich Mütter jogen hören:

„Sprich nicht so nachlässig!“ Und doch machen Kinder nur Leute, so lange sie nicht den Mund aufzum. Das hat nichts mit höherer Bildung zu tun. — — — Denn auch in der Schule wird viel gelehrt. Welcher Lehrer verlangt die Aussprache unserer Wortendungen? — — —

Worum heißt es so überzeugend, die romanischen Sprachen sind musikalisch auch beim einfachen Manne? Weil ihre Endungen auch vom Volke mitgesprochen werden müssen als Volkstöne, von selbst mitklingen: quanta costa? (Was kostet es?) Versucht es, spricht unsere Wortendungen einmal richtig aus! Dann hat auch unsere nordische, konsonantenreiche Sprache Klang und Fülle. Aber mit nachlässiger Lippen- und Mundstellung kann man das eben nicht.

Wißt Aufmerksamkeit auf Mund und Wortbegriff ist dazu nötig. Aufmerksamkeit in jeder Form zwingt zur Beobachtung, zum Inzuchtnehmen für sich und andere. Wer sauber und ordentlich keine Muttersprache handhabt, dem fallen schmierige Worte schwer; das sollte ihr bedenken, Mütter! Und eine klare und deutliche Aussprache bei einer Entschuldigung, bei einer Erklärung hat noch einmal soviel Gewicht als eine, bei der die Endungen hastig verschluckt, die Worte zwischen den Zähnen gleichsam erst zerkaut werden. Um wieviel mehr nicht auch ein Redner, der seine Worte langsam und deutlich gibt, annehmlicher und damit leichter überzeugend, als ein solcher, der nur halbe Arbeit gibt.

Wißt, Mütter, achtet auf die Sprache eurer Kinder! Sie und nicht jene gekauften Reider machen den Mann. Und wie man ruhig und sicher waret, so tadel man!

Ein Affensprachverein. Um den Forderungen einer ebenso tüchtigen wie barbarischen Mode zu genügen, werden seit Jahren die Affen schonungslos verfolgt. Nach den Mitteilungen der Jäger kommt es dabei nur zu häufig vor, daß kleine, in die Enge getriebene Affen in ihrer Todesangst mit einer fast menschlichen Stimme niederzihen und unter jammervollem Geschrei um ihr Leben bitten. Diese Berichte haben in Paris lebhafteste Entrüstung erregt, und der Gedanke ist laut geworden, nach dem Muster der Vereinerung der Frauen, die sich verpflichten, auf ihren Hüften keine Vogelfedern mehr zu tragen, einen Verband zum Schutz der verfolgten Affen zu gründen. Man hofft, daß die Tierfreundlichkeit der Frauen groß genug ist, um gegen eine Mode anzukämpfen, die schließlich nur auf die vollständige Ausrottung der Affen hinausläuft.

Vorfrage. Rudolf von Laban hält heute, 7^u, Uhr, Goldbamer Straße 13a einen Vortrag über „Lang“ mit einigen erläuternden Langvorfürmern. — Max Deri hält heute, 8 Uhr, Luis Georgenstraße 3, einen Lichtbildvortrag über „Wichtige Völkler“.

Im Leningmuseum spricht am Donnerstag zu Schillers Geburtstag R. W. Goldschmidt über „Schiller im zeitlichen und aberzeitlichen Urteil“. Dr. Georg Droscher registriert frei die Reichstagszene aus „Demetrius“.

Der Geologe Richard Gell ist in London im 89. Lebensjahre gestorben. Er war einer der hervorragendsten englischen Geologen der Neuzeit. Er leitete die geologische Aufnahme Schottlands und nachher des Vereinigten Königreichs. Er war auch Direktor des Museums für praktische Geologie in London. Von seinen zahlreichen Schriften und Vorträgen ist eines auch ins Deutsche überführt worden.

Der Reichstag und die Frauen.

In der Frauenkundgebung, die unsere Partei am Dienstag in Weissenhof (im Realgymnasium an der Waldpromenade) veranstaltete, sprach Genossin Ella Seger über die Aufgaben des neuen Reichstages. Sie zeigte, wie wichtig es auch für die Frauen ist, daß der am 7. Dezember neu zu wählende Reichstag anders als der alte zusammensteht wird. In die Spitze stellte sie, daß wir von dem neuen Reichstag den Schutz des Friedens fordern. Daß Deutschland nach dem Verlust des hinter uns liegenden Krieges die schwere Last der Entschädigungen auf sich nehmen mußte, mußten auch diejenigen, die in der Defensive sich dagegen wehrten. Das Geschick nach einem Rachekrieg ist wahnsinnig und verbroderlich; nur Verständigung mit den Völkern kann Deutschland wieder in die Höhe bringen, und nur unter dem Völkerfrieden wird die Arbeiterklasse der Bewirtlichung ihrer Ziele fähig werden. Wie die Entschädigungen beschaffen werden sollen, darüber werden in dem neuen Reichstag heisse Kämpfe entbrennen. Großmühen und Großindustrie können zahlen, aber sie müssen die ganze Last den Arbeitern zuschieben, die heute schlechter als vor dem Kriege entlohnt werden. Die Steuererlasse, die der neue Reichstag zu machen hat, werden über die Verteilung der Last bestimmen. Hier wird sich der scharfe Gegensatz zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie zeigen, der schon bisher in den Büraerbekämpfungen deutlich genug zum Ausdruck gekommen ist. Die bürgerliche Klasse weiß, daß die Sozialdemokratie der Feind ist, den sie zu fürchten hat. Darum sollte auch jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sich darüber klar sein, daß sie am 7. Dezember für die Sozialdemokratie stimmen müssen. Auf bürgerlicher Seite, wo man viele Jahrzehnte hindurch die sozialdemokratische Forderung des Frauenwahlrechts bekämpfte, will man jetzt die Frauen fördern. Man betont dort die „gemeinsamen Interessen aller Frauen“, während doch die bürgerliche Frau ganz andere Interessen als die Frau der Arbeiterklasse hat. In unserem Klassenstaat herrscht das Klasseninteresse, das gilt für die Frau des Bürgertums und das muß auch für die Frau der Arbeiterklasse gelten. Im Gegensatz zu den Frauen des Bürgertums haben die Frauen der Arbeiterklasse das allergrößte Interesse daran, daß nicht die Arbeitszeit verlängert wird, nicht Löhne und Gehälter herabgedrückt werden, nicht Fülle die Einführung von Lebensmitteln erschweren, nicht Fernhaltung ausländischer Lebensmittel profitierender Produzenten des Inlandes den Lebensmittelpreiserhöher und die Volksauszehrung erleichtert. Das muß jeder Wähler und jede Wählerin der minderbemittelten und wertvollsten Bevölkerung sich klagen, wenn sie an die Wahlurne treten, um ihre Stimme abzugeben. Sie müssen wissen, daß sie Schutz vor diesen Gefahren nur bei der Sozialdemokratie finden. Den obersten stehenden und noch unwilligen Frauen muß das in den Wochen bis zum Wahltag in eifrigster Vorbereitung klargemacht werden. Mit einem Hinweis auf das Ende des Sozialismus, das uns vorwärts, schloß Genossin Seger ihr anfeuerndes Referat unter lebhaftem Beifall. Auf eine Diskussion wurde verzichtet. In einem Schlußwort erinnerte der Berichtungsleiter Genosse Fischer an die Erfolge unserer Partei in Hamburg und Anhalt. Der 7. Dezember muß ein Tag noch viel größerer Erfolge werden.

In der sehr gut besuchten Versammlung in Friedrichsfelde sprach gestern Gen. Arthur Crispian über das Thema: Gegen Monarchie und Schulzölle — für die Republik und Verbilligung der Lebensmittel. In treffender Form wurde das wahre Ziel der Reichspolitiker an Hand von Zitaten usw. herausgeholt: Das Streben nach Regierungsmacht, die Wiederkehr der monarchistischen Staatsform. Parallel mit diesen Ausführungen geisterte der Redner das Verhalten der SPD, die den ertremen Rechten so oft in die Hände arbeitet, um schließlich, wenn die volle Bereinigung der breiten Volksmassen erfolgt ist, getrogen von der Empörung aller Betroffenen, ihr Ziel zu erreichen. Aber wie wird es erreicht werden. Log nicht eine bittere Wahrheit in den Worten des Referenten: „Wenn der letzte Mensch totgeschlagen oder verhungert ist, gibt's freilich kein Geld mehr.“ Im Zusammenhang damit fand die Sentenz starken Beifall: Die SPD-Fraktion könne auch bei größter Nähe nicht so viel politisch irreführende Propaganda aus dem Gefängnis befreien, wie die SPD hineinbringt.

lieferte sie an das Engros'oper von Zuchtwiez für 2.00 bis 2.50 M. Zuchtwiez gab sie für 3.00 bis 3.50 M. an Federkohl weiter, dieser wieder für 4.00 bis 4.50 M. an Rewes, der den Betreibern 6 M. abnahm. Bis zur Vertriebszentrale in der Georgenkirchstraße war also der Verdienst immer „behalten“, aber auch glatt und gesichert. Den Betreibern räumte man größtmäßig einen Aufschlag von 4 M. ein. Sie aber hatten nicht nur das größte Risiko, sondern auch hohe Spesen. Die Verhafteten sind geständig und werden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der Justizobersekretär als Lebemann.

Nach großen Unterschlagungen das Weite gesucht.

Ein Opfer seiner Leidenschaften wurde ein Justizobersekretär Karl Huster, der in Köpenick in der Rüggeheimerstraße wohnte. Er unterschlug im Laufe der letzten Zeit ihm anvertraute Amtsgelder und ist jetzt damit flüchtig geworden. Man nimmt an, daß sich die Höhe des Betrages auf etwa 360 000 Goldmark beläuft.

Der Flüchtling hat ein Leben geführt, wie es selbst bei Millionendefraudanten selten ist. Er verwaltete die Wirtschaftsgelder des Amtsgerichts, die für Zeugengebühren, Beschaffung von Materialien usw. verausgabt werden, außerdem aber auch Gelder, mit denen die Beamten für sich notwendige Sachen, Kohlen usw. einkauften. Auch diesen Vertrauensposten hat er durch Unterschlagungen mißbraucht. Für alle Ausgaben mußten natürlich Belege da sein. Es scheint aber, daß es an einer genauen scharfen Kontrolle gefehlt hat. Was Huster auf die Seite brachte, vergebete er auf die leichtsinnigste Weise, besonders auf den Rennbahnen und im Spiel. Es ist nachgemeldet, daß er einmal auf ein einziges Pferd 15 000 Goldmark gesetzt hat. In diesem Falle soll er gewonnen haben. Es war aber das Gerücht verbreitet, daß er diesen Gewinn einem Dozenten verdonnert, der von ihm einen erheblichen Betrag erhalten habe. Nach jedem Rennen umgab sich der Lebemann mit einem Kreise von Freunden und besonders Freundinnen, mit denen er Zechengespräche veranstaltete. Seinen Freundinnen machte er große Verlobungen für den Fall, daß sie nach Jecheretten u. dgl. das Geschäft veräußern und entlassen würden. Er wollte ihnen dann Zimmer einrichten und ihren ganzen Unterhalt bestreiten. Wie weit das wirklich geklungen ist, steht noch nicht fest. Huster, der verheiratet ist, hat augenscheinlich keine Furcht von langer Hand vorbereitet. Bei einer Wirtschaftsgenossenschaft in der Zimmerstraße hatte er, wie jetzt noch ermittelt wurde, ein Depot, das 80 000 Goldmark übersteigt. Dieses hat er vor acht Tagen bis auf 1200 Goldmark abgehoben. Der Flüchtling hat sich wahrscheinlich nach Rußland gewandt. Dort war er längere Zeit als Kriegsgesandener und unterhielt seitdem auch noch Verbindungen dorthin. Huster spricht auch auf Russisch, daneben auch etwas Französisch und Englisch. Mittelwegen zu seiner Erziehung und zur weiteren Auffklärung an Kriminalkommissar Seifert, Inspektion C. 7 in der Georgenkirchstr. 30a.

Der Potsdamer Hypnotiseur. Wie erinnert, war vor einigen Wochen das Verfahren gegen Dr. Uchelis, der beschuldigt war, den Sohn des Kapitäns zur See Frommann durch Hypnose geblendet zu haben, auf Grund der Sachverständigenurteile eingestellt worden. Mit dieser Entscheidung beruhigte sich der angeklagte.

Die Politik der SPD. sagt Bert auf die friedliche Entwicklung, sie versucht schon in der kapitalistischen Gesellschaft Reformen zu erzielen. Damit wird die Stellungnahme der Parteien zum völkerverwundenen Krieg besprochen. Die Verheerung unserer Jungen durch Kriegsgeschehen ist so trotz aller literarischen Erfahrungen und Kriegsschrecken immer noch möglich. Scharf wird der Vorwurf einer Feigheit, die von den Hebern aus diesem Verhalten herausgesehen wird, zurückgewiesen. Fast alle alten SPD-Politiker haben im Gefängnis für ihre politische Überzeugung gelitten. Sie haben es mit Würde getan und übertret ihr Ziel weiter verfolgt, jedenfalls nicht wie gewisse Leute bei jeder Gelegenheit um Gnade und Amnestie gebittet! — Eingehend beschäftigt sich der Redner mit der Politik der SPD in der letzten Reichstagsperiode. Ist es doch der SPD, zu verdanken, daß sie im Beschlußunfähigwerden des Reichstages ein Durchbrechen der Schulzollvorlage verhinderte. Die Schulzollvorlage ist ein wichtiger Faktor im Wahlkampf! Erhalten die bürgerlichen Parteien eine Mehrheit, kommt der Schulzoll und damit eine Verteuerung sämtlicher Bedarfsartikel. In hand aufrechter Zahlen erkennt man außerdem, ein wie geringer Bruchteil aus diesen Schulzöllen dem Staate zugute kommt, der weitaus größte Teil fällt in die unersättlichen Taschen seiner eifrigen Befürworter. Das nennt man dann in großen Worten „Schulzoll und Entzettel für das wirtschaftliche Volkswohl! Nachdem sich der Redner dann über eine Politik der Wirtschaftsverträge verbreitet, begründet er das Verhalten der SPD zum Londoner Abkommen. Er zeigt die Vorteile gegenüber dem Londoner Ultimatum von 1921, weiter die Erfolge in der Frage der Ruhrbesetzung auf die Zusammenlegung der Reparationskommission usw. In der Diskussion meldete sich einer, der auch mal gerne reden möchte und einige kommunistische Phrasen von seinem Nachbar ablas. Er nomme sich parteilos und zeigte damit immerhin einiges Schamgefühl; denn wer will sich jetzt noch nach den Erfahrungen des letzten Reichstages zur SPD bekennen. Als zweiter Diskussionsredner ging Genosse Sudrian auf die Zollvorlage ein und zeigte namentlich, wie diese Vorlage von jedem einzelnen Genossen zur Bahausklärung ausgenommen werden kann, namentlich bei Verwandten auf dem Lande, Kleinbauern usw., die ja fast alle augenblicklich in den Organisationen der Großagraren sitzen, die vorgeben, ihre Interessen zu vertreten. In seinem Schlußwort wehrte sich Genosse Crispian gegen zum Teil persönliche Enternungen des „Vortrags“. Mit einem Dank an das Reichsbanner das den Saalzug stellte und einem Hoch auf die SPD, wurde die eindrucksvolle Versammlung geschlossen.

Im überfüllten Saal von Schneider in Rosenthal, Tringstraße 3 sprach gestern Genosse Adolf Hoffmann, nachdem die Versammlung durch Gesänge des Volkshores Wilhelmruh eingeleitet worden war. Die Monarchie, sagte der Referent, hat an ihrem Untergang gearbeitet; ihre angeblichen Freunde haben sie untergraben. Das Kapital aller Länder ist wohl der Untergrund des Krieges gewesen, doch hat ihn die Regierung Wilhelm II. entschieden ausgelöst. Die Menschheit, die sich nach dieser Monarchie zurücklehnt, muß unzurechnungsfähig sein. Aber man war tatsächlich drauf und dran, sie wieder herzustellen. Die Reichstagsauflösung machte diesem Plan ein Ende. Genosse Adolf Hoffmann nahm dann zu den Schulzöllen Stellung, die neue unerhörte Lasten für die Arbeiterklasse schaffen. Der Abwehrkampf steht uns bevor; die junge Republik muß in erster Linie befestigt werden, damit sie zum Fundament einer neuen menschlichen, sozialistischen Gesellschaft werden kann. Die Masse muß zu diesem Gedanken erregt werden. Der Redner tabelte bei dieser Gelegenheit die heute immer noch in veralteten Traditionen wurzelnde Jugendberziehung; ein neues Geschlecht müsse heranzüchten, dem Monarchie und Militarismus fremde und unverständliche Begriffe sind. Jeder Einzelne hat die Pflicht, in diesem Sinne zu wirken. Gemeinsam muß für die Sicherheit des neuen Staates gekämpft werden. Eine arbeitsfähige Mehrheit des Volkes muß endlich gebildet werden. Der 7. Dezember muß Deutschland die Republik ein für allemal sichern; das kann natürlich nur geschehen, wenn die deutsche Arbeiterklasse sozialistisch wählt! — In der anschließenden Diskussion ergingen sich kommunistische Redner in lächerlichen Phrasen; das begeisterte Hoch auf die Sozialdemokratie am Schluß der Versammlung bewies jedoch, daß das Proletariat weiß, welchen Weg es zu gehen hat.

Hypnotisierter jedoch nicht, sondern legte hiergegen Beschwerde beim Generalsstaatsanwalt beim Kammergericht ein. Es ist inzwischen nicht nur vom Generalsstaatsanwalt die Beschwerde zurückgewiesen worden, sondern neuerdings gegen Kurt Frommann und seinen Bruder Alexander ein Verfahren von der Staatsanwaltschaft eröffnet worden. Beide Brüder, die bekanntlich Dr. Uchelis unter anderem auch der Erpressung bezichtigt hatten, haben sich nunmehr vor dem Untersuchungsrichter wegen Betruges und Untreue, begangen an den Eltern des Dr. Uchelis, zu verantworten.

Erleichterung im polnischen Durchgangsverkehr. Durch Verordnung des polnischen Gesamtministeriums fällt nunmehr auf den polnischen Polizeistationen das lästige Ausfragen der Reisenden fort. Die Revision findet künftig im Zuge selbst statt. Damit ist endlich ein langersehnter Wunsch der Reisenden in Erfüllung gegangen.

Im Rahmen der „Oberhessischen Woche“ findet heute Mittwoch in sämtlichen Räumen des Zoologischen Gartens ein Fußballfest. Die restlichen Karten bei Hote & Bod, Berthelm, Kaufhaus des Westens und in der Geschäftsstelle des Oberhessischen Fußballbundes, Schloß Bellevue, Nothstr. 888.

Geistlicher Wählerkreis beginnt Mittwoch, 12. November, 8 Uhr abds., Nothstr. 8, 2. Hof links, part. Stunde 30 St. Leiter: Herwig.

Der Arbeiter-Abstinenz-Bund bittet und mitteilt, daß die „Herbstworte“ ein sozialistischer Abstinenz (Vordruck Nr. 517) nicht von ihm herausgegeben werden ist, sondern von dem unter Führung Faustmanns, Nieps und Regenheims abgeplatterten „Verband sozialistischer Abstinenz“.

Eisenbahnunglück in Baden. Auf der Station Bruchsal entgleisten in der vergangenen Nacht sechs Wagen eines Güterzuges. Dabei erlitt der Eisenbahnschaffner Schmidt schwere Verletzungen, an denen er bald darauf starb. Der Materialschaden ist sehr bedeutend. Der Zugverkehr war mehrere Stunden gestört.

Schweres Unglück auf der Bahnstrecke Paris—Bordeaux. Auf der Eisenbahnlinie Paris—Bordeaux hat sich ein schreckliches Unglück zugezogen. Ausflügler, die längs des Schienenstranges Aufstellung genommen hatten, waren so sehr in den Anblick von Flugzeugvorführungen vertieft, daß sie nicht das Herannahen des Expresszuges bemerkten. Vier Personen, darunter drei 14-jährige Mädchen, wurden vom Zuge erfasst; und verstückelt; ein anderes 13-jähriges Mädchen erlitt schwere Verletzungen.

Dr. Edeners Abchied von Washington. Dr. Edener hat sich am 10. November von den leitenden Kreisen Washingtons verabschiedet. Er tritt am Sonnabend auf dem „Columbus“ die Heimreise nach Deutschland an.

Parteinachrichten für Groß-Berlin. Einblendungen für diese Rubrik sind bei den Bezugsstellen zu richten. 2. Hof, 3. Trepp. rechts, zu richten.

Die Sammelliste zur Reichstagswahl Nr. 102 ist in der 6. Abteilung entnommen worden. — Sollte berichtigt werden, darauf noch zu sammeln, dann ist diese Liste sofort anzuhalten und an das Bureau einzuliefern. J. A. Alex. Pagels.

Die Bayerische Regierung von der Reichsregierung zu erwirken suchen, daß der in Not gekommenen bayerischen Landwirtschaft weiterhin gering verzinsliche Kredite gegeben werden und daß allen jenen bayerischen Gebieten, die als Raiegebiete erklärt werden, Steuererleichterungen im Verhältnis des entstandenen Schadens gewährt werden. Vor allem soll die nächste Einkommenssteuererhöhung unterlassen und der Eigenverbrauch der Landwirtschaft von der Umsatzsteuer befreit werden. In eigener Zuständigkeit soll die bayerische Regierung einen namhaften Betrag bereitstellen, aus welchem gering verzinsliche, in geringen Jahresraten rückzahlbare Darlehen gewährt werden; die Pachtsumme für staatliche Grundstücke soll erlassen werden. Zur Sicherung der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage soll außerdem bei der Reichsregierung dahin gewirkt werden, daß bei der bevorstehenden Revision der Steuererleichterung im ganzen Reich mit dem System der bisherigen Vorauszahlung der Einkommenssteuer gebrochen wird, und daß wieder nach dem tatsächlichen Ertrag versteuert wird. Die geplante Kleinhandelssteuer wird in dem Antrag abgelehnt, Ehegatten und Kinder sollen von der Erbschafts- und Schenkungssteuer befreit werden. In eigener Zuständigkeit sollen jene Gewerbesteuerpflichtigen die Steuer erlassen bekommen, die nachweisen, daß sie Reingewinn aus dem Betrieb nicht erzielt haben. Der Finanzminister erklärte sich im allgemeinen mit diesen Anträgen einverstanden, so daß der Konflikt zwischen Finanzministerium und Landtag als beigelegt betrachtet werden kann.

Kupprechts Proklamation.

Zum Kampf Ludendorffs mit Wittelsbach.

München, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlichten am Mittwoch morgen einen „authentischen Bericht“ über den Konflikt zwischen dem ehemaligen Kronprinzen Kupprecht und Ludendorff, der dem Blatt ganz offensichtlich von einer Seite zur Verfügung gestellt wurde, die Kupprecht sehr nahe steht und von diesem zur Veröffentlichung ermächtigt worden ist. Am Schluß dieser Darstellung, die Ludendorff stark belastet, gibt das Blatt auch den Entwurf jener sogenannten „Königsproklamation“ bekannt, die Kupprecht im Anschluß an den Hitler-Putsch veröffentlicht lassen wollte. Diese Proklamation hat folgenden Wortlaut:

„Bayern! Am 5. Jahrestage der Revolution, im Anschluß an eine unglückliche Zeit, die Unheil über Unheil über das deutsche Land gebracht und unser Volk in einen Zustand traurigster Hilflosigkeit versetzt hat, an eben diesem Tage haben überstürzte Handlungen, deren patriotische, ideale Beweggründe ich keineswegs verkennen will, neues schweres Unheil herbeigeführt. Ein schändliches Schauspiel der Welt, Bayern gegen Bayern, Deutsche gegen Deutsche, und das in einem Augenblick, da verachtbarste Not alle Deutschen fester denn je zusammenzuschließen muß. Und was mich mit besonderer Schmerz erfüllt: Stehen nicht die gegeneinander, die alle das gleiche hohe, heilige Ziel erstreben? Nur die Wege, auf denen sie ihr Ideal zu erreichen hoffen, sind verschieden. Darum die Waffen nieder, Geduld! Können denn die Folgen eines unglücklichen vierjährigen Krieges gegen eine Welt von Feinden, können die Trümmer einer fünfjährigen Revolutionsperiode in einem Augenblick mit einem einzigen verzweifelten Anlauf beseitigt und aufgeräumt werden? Reicht euch über trennende Meinungsverschiedenheiten, über Irrtum und Schuld, über Verwirrung und Anfechtung des Blutes hinaus von neuem die Hand. Steht wie ehemals in fester Marschschritt zusammen, die unser Ruhm und die Wurzel unserer Kraft war und der Quell der Erneuerung und der staatlichen Wiedergeburt sein wird.“

Meinem Herzen, der ich durch eine fast tausendjährige Geschichte meines Hauses mit dem Bayernland und dadurch mit den Geschicken Gesamtdeutschlands verbunden bin, stehen alle nahe, die guten Willens sind. Es ist der bittere Ernst der Stunde, der mich aus meiner Zurückhaltung herauszwingt. Ich wende mich an den gesunden Sinn des Volkes. Das starke deutsche Bayern und das neuerstehende friedliche und seiner Würde und seiner Aufgaben voll bewußte Deutschland, sie gehören unzertrennlich zusammen. gez.: Kupprecht.“

Die Veröffentlichung dieser Proklamation unterließ vor einem Jahre, weil in den Kreisen des ehemaligen Kronprinzen befürchtet wurde, daß auch diese Worte in der damaligen Aufregung mißverstanden worden wären.

Der Weg der Billionenscheine.

Aufhebung einer Fälschergeldwerkstatt.

Wie schwer es ist, Fälschergeldmachern auf die Spur zu kommen, zeigte die Aufdeckung einer Fälschergeldwerkstatt in Friedenau. Ende September dieses Jahres tauchten an verschiedenen Stellen in Berlin Nachahmungen der 10-Billionen-Scheine der Reichsbank auf. Die Rückseite dieser Fälschscheine war den Herstellern schlecht gelungen. Die Betreiber aber wußten sich dadurch zu helfen, daß sie die Scheine geschickt so fälschten, daß die Rückseite nach innen kam. Es gelang schließlich, eine Anzahl der Verbreiter festzunehmen. Einer von ihnen wurde in Zossen verhaftet. Als dessen Helfershelfer, der vor dem Baden auf ihn wartete, kein Mißgeschick sah, fuhr ihm der Schreck so in die Glieder, daß er sich nicht mehr getraute, mit der Eisenbahn nach Berlin zurückzufahren. Im Dunkel der Nacht legte er die ganze Strecke zu Fuß zurück.

Den fortgesetzten Beobachtungen der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den Fälscher dieser Scheine und seine sämtlichen Helfershelfer zu ermitteln und zu verhaften. Zunächst wurde die Vertriebszentrale entdeckt. Sie befand sich in einem Lokal in der Georgenkirchstraße. Stammgäste dieser Wirtschaft ermittelten hier das Fälschergeld von einem Bader Billy Rewes zum Vertriebs zugest. Rewes wurde nicht gleich festgenommen, sondern erst nach Beobachtung, weil man auch die „Fabrik“ ermitteln wollte. Er trat sich jeden Morgen zu einer bestimmten Zeit pünktlich mit einem Kaufmann Mendel Federkohl, der wegen Nachahmung von 50-Mark-Scheinen infolge 2½ Jahre Zuhaus verbüßt hat. Die Beamten bemerkten, daß Federkohl dem Rewes jedesmal ein kleines Paket zustellte. Jetzt wurde auch Federkohl beobachtet und festgenommen, daß er noch nicht der Hersteller der falschen 10-Billionen-Scheine war. Er bezog sie vielmehr von einem Bader Viktor Zuchtwiez. Aber auch er war noch nicht der „Fabrikant“. Dieser wurde vielmehr nach weiteren Ermittlungen und Beobachtungen in Friedenau gefunden. Zuchtwiez war nur der Verwalter des „Engros'agers“ in seinem Schlußwinkel in der Grenadierstraße. Hier erschien jeden Abend ein Vater Alfred Riesel mit einem kleinen Handkoffer, den er bei Zuchtwiez auspackte. Als die Beamten diesen Riesel endlich faßten, behauptete er, weil er nicht wußte, daß man ihn schon länger beobachtet hatte, er habe den Inhalt des Koffers, neue nachgemachte 10-Billionen-Scheine „gefunden“. Die Beamten entdeckten aber bald seine „Fabrikstelle“ in Friedenau. Es war die Wohnung eines Kaufmanns Adamek. Hier war die Werkstatt. Der Wohnungsinhaber machte wohl schon „Wind“ bekommen haben und dieses oder jenes beiseite geschafft haben. Man fand aber bei ihm außer 600 Stück der falschen Scheine noch soviele Material, daß er auch der Herstellung überführt werden und nicht mehr leugnen konnte. Der Fälscher hatte aber nicht nur 10-Billionen-Scheine, sondern früher schon 50-, 10- und 500-Millionen-Scheine und neuerdings auch dänische 1-Kronen-Noten nachgemacht. Zur Herstellung von 50-Rentenmark-Scheinen hatte er die Druckplatten bereits fertig. Der Betrieb war wohlorganisiert. Adamek verkaufte die 10-Billionen-Scheine das Stück für 150 Mark an Riesel, dieser

Gewerkschaftsbewegung

Die Eisenindustrie in „Gefahr“!

Ihr droht der Achtstundentag!

Während der Reichsarbeitsminister die Absicht ausgesprochen hat, den Achtstundentag in den Hochöfenhütten, den Stahl- und Walzwerken wieder eingeführt werden soll, macht ihm die Unternehmerpresse das Kompliment einer „geradezu katastrophalen Unkenntnis“ der verheerenden Folgen, die aus der Wiedereinführung des Dreifachschichtensystems für die Eisenindustrie entstehen müßten. Da man neue Argumente nicht beibringen kann, operiert auch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ mit den schon abgedruckten und droht mit Widerstand.

Man kommt der Deffenlichkeit auch hier mit der Behauptung, daß die relative Leistung bei kürzerer Arbeitszeit nicht nur nicht steige, sondern sinkt, bei längerer Arbeitszeit dagegen sich wesentlich erhöhe. Der Achtstundentag habe bei Vertiefung der Arbeitszeit um 20 Proz. eine Verminderung der Kopfleistung um 40 Proz. gegen 1913 mit sich gebracht, bei Einführung des Dreifachschichtensystems dagegen eine Verdoppelung der Leistung und damit eine jährliche Lohnersparnis von 7 bis 8 Millionen Mark. Der Leistung im Geschäftsjahr 1921/22 wird nicht die Leistung kurz vor der Verlängerung der Arbeitszeit gegenübergestellt, sondern die Leistung nach der Verlängerung der Arbeitszeit. Nach dieser Methode wird ein Aufst von Zahlen vorgestellt, um zu beweisen, was bewiesen werden soll, nämlich daß der Zwölfstundentag die ideale Arbeitszeit sei.

Weiter aber wird nach dem Muster der Arbeitgebervereinigungs-Denkchrift bewiesen, daß 12 Stunden nicht 12 Stunden sind, sondern nur 6 Stunden 45 Minuten. Nämlich:

Bei einem großen Hüttenwerk hatten 3 B. die am meisten beschäftigten Arbeiter eine Pause von 2 Stunden 30 Minuten und eine Arbeitsbereitschaft von 30 Minuten, während der am wenigsten in Anspruch genommene Arbeiter eine Pause von beinahe fünf Stunden und eine Arbeitsbereitschaft von 20 Minuten hatte. Im Thomsowerk lagen die Verhältnisse ähnlich. Es ergab sich durchschnittlich eine effektive Arbeitszeit von 6 Stunden 45 Minuten, eine Arbeitsbereitschaft von 2 Stunden 40 Minuten (der Druckwerkstaufer verlängerte die Arbeitsbereitschaft auf 22 Stunden 40 Minuten, womit er ebenso übertrieben wie die Unternehmer. Red. des „Form.“) und eine Pause von 2 Stunden 25 Minuten.

Ja, was wollen denn die Unternehmer nach dieser Rechnung noch gegen den Achtstundentag beweisen? Da die achtstündige Arbeitszeit sich ohne Pausen versteht, gewinnen sie dabei noch $\frac{1}{4}$ Stunden effektiver Arbeitszeit! Sie müssen nur die „Arbeitsbereitschaft“ fallen lassen. Es kommt aber noch besser:

„Am günstigsten waren die Arbeitsverhältnisse im Martinwerk. Dort hatten die Schmelzer und Gasstöcker eine effektive Arbeitszeit von rund 4 Stunden, Arbeitsbereitschaften von 4½ bis 5¼ Stunden und Pausen von 2½ bis 3¾ Stunden. Am ungünstigsten stand es in den Walzwerken. Doch gab es bei der am besten gestellten Kategorie eine effektive Arbeitszeit von 6 Stunden 25 Minuten, Arbeitsbereitschaften von 4 Stunden 30 Minuten und Pausen von 1 Stunde 10 Minuten; für die am ungünstigsten gestellte Kategorie lauteten die Zahlen 9 Stunden 20 Minuten, 20 Minuten und 2 Stunden 20 Minuten. In diesem Falle ist sofort durch Stellung von Erzhleuten dafür Sorge getragen worden, daß auch hier die effektive Arbeitszeit unter 8 Stunden zurückging. Auf einem anderen großen Werk sind ähnliche Zahlen unter Benutzung genauer arbeitender Apparate ermittelt worden. Dort hat sich ergeben, daß beim ersten Schmelzer am Hochofen die effektive Arbeitszeit 6 bis 6¼ Stunden betrug, im Martinwerk ebenfalls 6 bis 6¼ Stunden, im Walzwerk von 7½ bis 8¼ Stunden, im Hammerwerk zwischen 8 bzw. 6¼ Stunden und 8¾ Stunden. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die effektive Arbeitszeit viel geringer ist als die offiziell festgesetzte und daß sie Neigung zu weiterem Rückgang aufweist.“

Trotz dieser „Reizung“ und dem ganzen Drummrumgerede sollen aber die Arbeiter nach wie vor 12 Stunden „arbeitsbereit“ im Betriebe sein.

Trotz alledem feinen „schematischen“ Achtstundentag, da sonst das Dreifachschichtensystem eingeführt werden müßte, was eine sofortige, nicht unerhebliche Preiserhöhung zur Folge hätte. Also nicht einmal eine Schwächung des Profits. Der Gewinn der Werke sei in Friedenszeiten einem Betrage von 10 Proz. der Lohnsumme gleichkommen. Das führte zu der Schlussfolgerung, daß die Schmelzeisenindustrie durch Ausschaltung der dritten Schicht die Lohnsumme vermindert hat und damit ihre Gewinne. Umgekehrt wird ein Schuß daraus — nach der Rechnung der „Bergwerks-Zeitung“. Weil ein Drittel Arbeiter mehr beschäftigt werden müßte, würde das Lohnkonto eine 50prozentige Erhöhung erfahren, das Fünftel des Gewinns verdrängen das Kapital vernichtet werden — oder die Preise müßten erhöht werden.

Das Taxes-Gesetz, die Steuern, Frachten, kurzum alles muß herhalten, um zu beweisen, daß der Achtstundentag unmöglich ist und zu einer zwangsweisen Schließung aller Eisen-erzeugenden Betriebe führen würde. Dann — meinen diese Menschenfreunde — hätten die Arbeiter zwar ihren Achtstundentag rein theoretisch auf dem Papier, können aber infolge ihrer Arbeitslosigkeit keinen Gebrauch davon machen.

Ein solcher Zustand — infolge eines Streiks der Unternehmer — sei doch gerade vom Gesichtspunkte der Sozialpolitik aus betrachtet nicht erstrebenswert. Die Herren würden besser nicht von Sozialpolitik reden, wenn sie ihren Profit meinen; der einzige Ge-

sichtspunkt, von dem sie sich leiten lassen. Begreiflich, daß die Schmelzeisenindustrie die erpresste Zwölfstundenschicht nicht wieder fahren lassen wollten. Sie sollten aber auch begreifen, daß die Schwerarbeiter insbesondere sich diese Erpressung keine Minute länger gefallen lassen, als ihre wirtschaftliche Notlage sie dazu zwingt.

Die kommunistischen Klageweiber.

Warüber die päpstlich zu Klageweibern gewordenen „Roten Fahnen“ oder sonstwie benannten Blätter der kommunistischen Partei am meisten jammern, ist allgemein: über die SPD. und über „die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie“. Mit der SPD. gedenkt man in der SPD. sehr ruhig fertig zu werden, noch eher als mit der Weltrevolution, wenn man nur erst die Gewerkschaften erobert hätte. Diesem großen Ziel der Moskauer sieht eben diese „reformistische Gewerkschaftsbureaucratie“ als stärkstes Hindernis im Wege.

Sommer und immer wieder schreiben die Klageweiber nach Aktionen. Ist aber die eine oder andere Aktion da, dann schreiben sie noch „Vertreibung der Kampftruppen“. Zum Beispiel: In der A.G.B.-Turbinen sind von den 3000 Arbeitern bis jetzt 1700 ausgesperrt. Die „Rote Fahne“ sucht die Betroffenen in ihrem Sinne zu belehren, ihnen einzureden, daß sie sich keinesfalls auf ein Kompromiß einlassen, sondern unter allen Umständen an ihrer Forderung festhalten sollen. Die Arbeiterschaft des gesamten A.G.B.-Konzerns müsse mobilisiert werden. Wer die „Mobilisieren“ unterstützt, wozon sie mit Frauen und Kindern leben sollen, ist natürlich für Weltrevolutionstrategen völlig nebensächlich. Nehmen wir an, die A.G.B.-Arbeiterschaft wäre vollständig „mobilisiert“. Was dann?

Dann legte oben das Schneeballsystem der Weltrevolution erst richtig ein. Weil die mobilisierte A.G.B.-Belegschaft den Kampf nicht allein zu vollem Erfolg führen kann, muß natürlich die gesamte Berliner Metallarbeiterschaft mobilisiert werden. Weil auch sie sich auf kein Kompromiß einlassen, den „vollen“ Erfolg aber auch nicht allein erringen kann, wäre es natürlich unfähig von der übrigen Berliner Arbeiterschaft, weiter zu arbeiten, anstatt sich ebenfalls mobilisieren zu lassen. Weil aber die Berliner Arbeiterschaft nicht allein siegen kann, muß die Arbeiterschaft in Gotha, im ganzen Reich mobilisiert werden, und was das alles Voraussetzt nach auch noch nicht reicht, die Arbeiterschaft der Tschechoslowakei, Oesterreichs, Frankreichs, Englands usw. Dann haben wir die Weltrevolution. Ist das nicht eine ganz einfache Sache? Jedem Kinde in der SPD. muß sie einleuchten, und diese reformistisch-berühmten Gewerkschaftsbureaucraten und ihr ganzer SPD.-Anhang müssen sich an dem Schneeball-Weltrevolutionssystem nicht beteiligen. Da sie „mobilisieren“ es gar!

Beiträge leisten sie, anstatt „Aktionen“ zu machen! Sie „spalten“ die Gewerkschaften, indem sie die SPD.-Agenten, die es allzu bunt treiben, hinauswerfen. Die Fürstenwalder SPD.-Beute haben sich erst jetzt wieder darüber erübtet, daß die „ADGB-Spalter“ sich unerhörte Angriffe gegen den Gothaer Ortsausschuss erlauben, indem der Vorstand des ADGB. seinen Ortsausschuss in Gotha darauf aufmerksam machte, daß die Aussagen des Bundes auch in Gotha eingehalten werden müssen.

Schlimmer noch ist die „Abwürgerei“ der „Gewerkschaftsbureaucratie“. Die Buchdruckerbewegung haben sie „abgewürgt“, bevor es noch recht zu Streiks gekommen war, den österreichischen Eisenbahnerstreik haben sie „abgewürgt“, kurzum diese „Bürger“ würgen alles ab. Am Ende noch die ganze SPD.

Und da sollen die kommunistischen Klageweiber nicht heulen? Sehen wir sie ja nicht! Sie haben alle Ursache; es ist wirklich zum Heulen mit der SPD.

Verhandlungen über den Konflikt in der Turbinen.

Zu der von uns bereits gemeldeten Aussperrung in der A.G.B. Turbinenfabrik erfahren wir heute, daß heute nachmittags in Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiter und dem Verband Berliner Metallindustrieller eine Beilegung des Konfliktes versucht werden soll. Im Verlauf der Aussperrung im Dynamowerk-Siemensstadt ist noch keine Aenderung eingetreten.

„Ein SPD.-Betriebsrat verbietet Flugblattverbreitung.“

Mit dieser Ueberschrift versehen brachte die „Rote Fahne“ am Dienstag einen Anwurf gegen den Betriebsrats-Obmann der Buchdruckerei Müller und Sohn, Otto Voigt, der die Verbreitung kommunistischer Flugblätter im Betriebe verboten habe. Genosse Voigt bemerkt hierzu: „Auf diesen neuesten Schwindel der „Roten Fahne“ einzugehen, lehne ich ab. Die Spalten meines Parteiorgans sind zu schade und zu kostbar, um diesen neuen Schwindel zu widerlegen.“

Buchdruckerbewegung in Paris.

Paris, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Segar im Pariser Zeitungsgewerbe sind in eine Lohnbewegung eingetreten, die die Möglichkeit eines Streiks nicht ganz ausgeschlossen erscheinen läßt. Die Arbeiter verlangen eine tägliche Teuerungszulage in Höhe von 5 Fr. In Verhandlungen, die am Dienstag mit den Vertretern der Verlegerorganisation festgenommen haben, erhöhten diese ihr ursprüngliches Angebot einer täglichen Zulage von 2,40 Fr. auf 3 Fr. Heute nachmittags findet in der Arbeiterschaft eine Versammlung statt, in der über Annahme oder Ablehnung dieses Angebots Beschluß gefaßt werden soll.

Wirtschaft

Bauernentwurzlung oder Siedlung?

In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 8. November behandelt der Siedlungsdezernent des Reichslandbundes folgende zwei Fälle, die er einer besonderen und allgemeinen Kritik unterwirft. Bei dem Städtchen Dittmann in der Provinz Schlesien soll zur Schiffbarmachung bzw. Schiffbarhaltung der Oder ein großes Staubecken geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wird eine Fläche von 9000 preussischen Morgen besten Rüben- und Weizenbodens benötigt, der sich jetzt in bäuerlicher Bewirtschaftung befindet. Zweitens: Zwischen Stettin und Wittmann will die Gemeinde Stettin einen großen Flugzeughafen errichten, durch dessen Anlage ebenfalls eine Anzahl von Bauernfamilien ihrer Besitzungen verlustig gehen. Was den ersteren Fall anbelangt, so ist es zweifellos sehr bedauerlich, daß so gutes, erstklassiges Ackerland der Vernichtung preisgegeben werden soll. Die Verhältnisse scheinen jedoch so zu liegen, daß der volkswirtschaftlich größere Zweck sich anders nicht erreichen läßt. Auch der Kritiker der „Deutschen Tageszeitung“ vermag den an sich größeren Zweck der Staubeckenanlage nicht zu leugnen und macht keinen Vorstoß, daß die Staunung etwa an einer anderen Stelle vorgenommen werden sollte. Gleichwohl erscheint ihm der Fall gezeigert, den preussischen Landtag und den preussischen Landwirtschaftsminister, die sich für den Plan ausgesprochen haben, demagogisch anzugreifen und eine Bauernverhöhnung zu betreiben. Dieser Punkt möge hier auf sich beruhen bleiben, denn er findet seine Erklärung darin, daß Land- und Deutscherationsminister den Landtag nicht beherrschen und den Landwirtschaftsministerposten nicht ihrerseits besetzt haben.

Anderes liegt es mit dem Hinweis auf die Art der Abfindung für die zu vernichtenden Bauernwirtschaften. Hier wird nämlich scharf bemängelt, daß die abzufindenden Bauern Geld erhalten sollen, und gefordert, sie statt dessen mit Wirtschaftsgütern, wo nicht gar mit fertig eingerichteten Bauernwirtschaften anderweit zu entschädigen. Eine solche Forderung liegt völlig in den Gedankenrichtungen auch der Sozialdemokratie. So wird zum Beispiel in den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1923 aufgestellten und vom diesjährigen Reichstagesübernommenen Richtlinien für Boden- und Siedlungsreformen gefordert:

„Die Enteignung von keinem Grundeigentum, das der Eigentümer selbst gärtnerisch oder landwirtschaftlich nutzt, soll innerlich der von Grundbesitz auszuweisenden Wohn-, Siedlungs- und Kleinrentengebiete nur zulässig sein, wenn Grundstücke von gleicher Ertragsfähigkeit angeboten werden.“

Die Sozialdemokratie ist also selbst in Wohngebieten darauf bedacht, die dort zur Verdrängung kommenden Bauernwirtschaften in ihrer Wirtschaftseligenschaft zu erhalten. Sie kennt den volkswirtschaftlichen Wert der bodenwirtschaftlichen Volksteile. Sie hat auch durch die von den sozialdemokratischen Volksbeauftragten 1918 und 1919 eingeführte Siedlungspolitik bewiesen, daß sie der Erhaltung und Förderung des Bauernstandes aus bevölkerungspolitischen Gründen ihre volle Aufmerksamkeit zuwendet.

Der Kritiker der „Deutschen Tageszeitung“ verlangt nun, daß den Bauern von Dittmann und vom künstlichen Stettiner Flugplatzgebiet staatliches Domänenland zugewiesen werden soll. Wenn anderes durchaus nicht zu bekommen ist, dann wird schließlich auch hier zugewiesen sein. Barmen oder müssen andere Gelegenheiten ins Auge gefaßt werden, nämlich der freihändige Verkauf von privaten Wirtschaften (die zurzeit ja genügend angeboten werden, wie die „Deutsche Tageszeitung“ und andere Landbesitzer behaupten), sowie die Veräußerung als bevorzugte Siedler bei den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften.

Es ist kein zu wünschender Zustand, daß tüchtige Bauernfamilien durch Geldabfindungen in die Städte getrieben und dadurch mit einem zu erwartenden, ebenfalls tüchtigen Nachwuchs von der Landwirtschaft abgedrängt werden. Wo solche Familien infolge unumgänglicher notwendiger Verwendung ihres Wirtschaftsgüter für andere Zwecke brislich verplant werden müssen, liegt es ebenso im bevölkerungspolitischen wie im Eigeninteresse dieser Familien, daß sie anderweit an geeigneten Stellen neu als Bauernfamilien angepflegt werden. Otto Albrecht.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Ernst Saterhaus; Gewerkschaftsbewegung: A. Glaser; Realitäten: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Kerst; Anzeigen: Ch. Glöck; Inserat in Berlin: Verlag: Formbert-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formbert-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Banbetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preisermäßigung, gediegene Arbeit

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75 I.
Hosen Hosen
jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzug-Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügenstr. 23 (nahe Grundbr.)
Blauer Laden - Fahrgeleit rüde

Schiedsrichter
Wolff, direkt Fabrik
Bernhard Ströhmard, am Zeit m. Schmidt behoben, geringe G. Gebel u. Nikolburg, P.I. E. G. Stredelz. werb. aufgeb.

„Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Bayreuth: Grottel, Eichenstr. 11, Coblenz: Grottel, Eichenstr. 11, Chemnitz: Grottel, Eichenstr. 11, ...
Bayreuth: Grottel, Eichenstr. 11, Coblenz: Grottel, Eichenstr. 11, Chemnitz: Grottel, Eichenstr. 11, ...